Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Christoph Butterwegge: Warum ich nie aufhören werde, ein Linker zu sein
2. Widersprüche ohne Widerspruch
3. Prekäre Arbeit: Büchse der Befristungen schließen
4. Erneuter Preisschub bei Kraftstoffen trifft Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen am stärksten
5. Sachsen-Anhalt-Wahl: Das Land der Frühaufsteher stellt die Machtfrage
6. Im Rausch der Kriegspropaganda
7. Immer mehr Israelis verlassen das Land
8. Müllproblem in der Türkei: Wo Europas Plastikabfall landet
9. Das Ende der Scham
10. ARD und ZDF: Mir reichts! Ich schreibe Programmbeschwerden!
11. „Wir haben keine Angst“
12. „Direkt aus dem Roman 1984“
13. KI-Paradox am Arbeitsmarkt: Berufseinsteiger verlieren, Erfahrene gewinnen
14. So weit sind wir schon mit dem «KI»-«Journalismus»
15. Kein Protokoll: Auf welcher Grundlage wurden Corona-Maßnahmen beschlossen?

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Christoph Butterwegge: Warum ich nie aufhören werde, ein Linker zu sein**
   Von Dieter Nuhr bis Harald Martenstein: Es ist gerade chic, sich als „Ex-Linker“ und Neu-Konservativer zu outen. Was für ein Opportunismus! Noch nie hat es so viel Sinn

gemacht wie heute, gegen neoliberale Gewinnvorstellungen aufzubegehren […] Warum reihe ich mich nicht in diesen illustren Kreis von „Ex-Linken“ ein, sondern halte im Alter an meiner schon als Jugendlicher geübten Kritik am kapitalistischen System, an seinen hyperreichen Nutznießern und den bürgerlichen Parteien als entscheidenden politischen Stützen fest? Hauptsächlich deshalb, weil die mit der Profit-, der neoliberalen Standortlogik und der Abschreckungsideologie verbundene Kriegsgefahr heute noch viel bedrohlicher ist, während die von Karl Marx im Kapital entschlüsselte Ausbeutung von Mensch und Natur mittlerweile auf eine Klimakatastrophe zusteuert, von der ich 1970 noch nichts ahnte, als ich zu den Jungsozialisten in der SPD stieß. Im übernächsten Jahr zog ich für Willy Brandt unter dem Slogan „Wer morgen sicher leben will, muss heute für Reformen kämpfen“ in den bis heute politisch anspruchsvollsten und spannendsten Bundestagswahlkampf, ebenfalls nicht ahnend, dass der Reformbegriff später die Seite wechseln würde und es im Zeichen der Kanzlerschaft von Friedrich Merz heißen müsste: Wer morgen sicher leben will, muss heute gegen die Reformen kämpfen.
Quelle: Christoph Butterwegge in der Freitag

2. **Widersprüche ohne Widerspruch**
Was während der Fußball-WM an der Öffentlichkeit vorbei entschieden und angekündigt wurde, ist hochgradig widersprüchlich und zeigt, dass die Menschen den Regierenden vollkommen egal sind.
Die Bundesregierung hat im Schatten der Fußball-Weltmeisterschaft mal wieder eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, die zulasten der Mehrheit der Deutschen gehen. So einigte man sich über eine Rentenreform, die wieder einmal alles verschlechtert. Hinzu gesellen sich Meldungen, die für die Zukunft Schlimmes erahnen lassen. Der Krieg gegen Russland wird schrittweise eskaliert, was dazu führen könnte, dass in naher Zukunft junge Menschen in den Krieg ziehen müssen. Die Diskussionen um Rente und um Krieg sind dabei hochgradig widersprüchlich, offenbaren aber bei genauerer Betrachtung, dass die Menschen den Herrschenden absolut gleichgültig sind.
Quelle: Manova

3. **Prekäre Arbeit: Büchse der Befristungen schließen**
Bisher standen bei den Reformvorhaben der Bundesregierung vor allem die sozialen Sicherungssysteme im öffentlichen Fokus. Kaum verwunderlich: Bei Rente, Gesundheit und Pflege drohen empfindliche Einschnitte. Aber auch auf dem Arbeitsmarkt droht Ungemach. Dort plant die schwarz-rote Koalition die Ausweitung sachgrundloser Befristungen von zwei auf maximal vier Jahre. Beschäftigten wird damit de facto ein wichtiges Recht genommen, das sie vor einer längeren Verweildauer in einer prekären Arbeitsform schützt – auch wenn die Regelung vorerst nur bis 2030 gelten soll.

Zu den Fakten: Wie das Statistische Bundesamt kürzlich bekannt gab, hatten im letzten Jahr etwa 2,2 Mio. Beschäftigte einen befristeten Arbeitsvertag inne. Seit 2015 sind die Zahlen zwar leicht rückläufig, verbleiben aber insgesamt auf einem hohen Niveau. Im Branchenvergleich sind anteilig die meisten Befristungen im Bildungssektor (Hochschulen!), im Gastgewerbe, bei Kunst und Unterhaltung zu finden. Zwischen den Geschlechtern bestehen hingegen kaum Unterschiede.
Quelle: DGB Niedersachsen #schlaglicht

4. **Erneuter Preisschub bei Kraftstoffen trifft Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen am stärksten**
   Die Inflation in Deutschland ist im Juli 2026 um 0,5 Prozentpunkte auf 2,8 Prozent gestiegen. Zentrale Gründe dafür sind das Ende des Tankrabatts und das zwischenzeitliche Wiederaufflammen des Iran-Kriegs, das den Rohölpreis und die Raffineriemargen steigen ließ. Der erneute Preisschub bei den Kraftstoffen hat sich bei Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen am stärksten ausgewirkt. Denn diese brauchen, oft wegen der Kinder, ein Auto, gleichzeitig haben Ausgaben für Sprit in ihrem Warenkorb ein vergleichsweise großes Gewicht. Haushalte mit höheren Einkommen wiederum waren wie in den Vormonaten stärker von den Preissteigerungen bei Flügen, Pauschalreisen und zuletzt auch Arzneimitteln betroffen. Das geht aus dem aktuellen Inflationsmonitor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung hervor, für den Inflationsexpertin Dr. Silke Tober die haushaltsspezifischen Teuerungsraten von neun repräsentativen Haushaltstypen untersucht (mehr zu den Typen unten). Im Ergebnis lagen im Juli die haushaltsspezifischen Raten bei acht der untersuchten Haushaltstypen mit 2,6 bis 3,0 Prozent nahe beieinander.
   Quelle: Hans Böckler Stiftung
5. **Sachsen-Anhalt-Wahl: Das Land der Frühaufsteher stellt die Machtfrage**
   Drei Wochen vor der Landtagswahl liegt die AfD in Sachsen-Anhalt bei 41 Prozent. Während der „Spiegel“ den AfD-Spitzenkandidaten Ulrich Siegmund zum „gefährlichsten Mann Deutschlands“ erklärt, zeigt ein fast vierstündiges Podcast-Gespräch, warum seine politische Sprache in diesem Land Resonanz findet. Es sind Ordnung, Zuständigkeit, Verlässlichkeit und die Erwartung, dass Politik wieder funktioniert. Wer die bevorstehende Entscheidung verstehen will, muss deshalb auch auf Sachsen-Anhalt selbst blicken – auf seine Arbeitsbiografien, seine Brüche, sein Gedächtnis und eine Mentalität, die am Ende des Tages Ergebnisse sehen will.
   Quelle: Globalbridge
6. **Im Rausch der Kriegspropaganda**
   In einem Interview mit Vesti sprach der russische Außenminister, Sergej Lawrow, am 14. August 2026 u. a. über die Beziehungen zu Tokio, den Druck der EU auf Vučić, die

Beteiligung der USA am Verhandlungsprozess und erklärte sich zu einem Dialog mit dem Westen auf prinzipientreuer Basis bereit.
Im Verlauf des Interviews kam es dann zu einer Äußerung, die in Deutschland viel Empörung und Aufregung auslöste. Erst wenn man die in Rede stehende Passage des Interviews genau liest, wird klar, wie deplatziert und theatral die ganze Empörung ist. Es ging in dem uns interessierenden Teil des Interviews um die russischen Vergeltungsmaßnahmen als Reaktion gegen die Angriffe des Kiewer Regimes auf die russische zivile Infrastruktur und Zivilbevölkerung, die in Deutschland und Europa totgeschwiegen werden:
Quelle: Overton Magazin

dazu auch: **“Deutschland muss gegen Russland Vergeltung üben” – zwei Ukraine-Fanatiker im ZDF**
Im ZDF, natürlich in der Talkshow von Markus Lanz, haben zwei “Experten” gefordert, Deutschland müsse für den Drohnen-Blindgänger auf dem Flughafen Leipzig-Halle Vergeltung gegen Russland üben. In Russland selbst ist dies nicht unbemerkt geblieben.
Das klingt brenzlich, das ist brenzlich: Mitten in der besten Sendezeit durften im gebührenfinanzierten ZDF wieder zwei radikale Russlandhasser lautstark Krieg gegen Russland fordern. “Sicherheitsexperte” Peter Neumann und Sabine Adler vom Deutschlandradio (eine alte Bekannte, dazu kommen wir noch) setzten sich dazu am Dienstagabend in das Studio von Markus Lanz.
Für ihre Kriegspropaganda bekamen die beiden zwar nur die letzten 20 Minuten der Sendung zugewiesen, und Lanz selbst war für seine Verhältnisse ungewöhnlich kleinlaut, aber sonst verdient der Auftritt die Aufregung, die er in Russland bereits verursacht hat.
Quelle: RT DE

Anmerkung Christian Reimann: *Bitte lesen Sie dazu auch bzw. erneut Drohnenvorfall am Leipziger Flughafen: Steckt das „Celler Loch“ dahinter? und Drohnenvorfall: Die Grünen wollen sofort eskalieren und reden von „russischem Staatsterrorismus“.*

und: **Desertion in Sachsen-Anhalt: Ukrainische Rekruten nutzen Bundeswehr-Training zur Flucht**
Seit Beginn des Ukraine-Kriegs werden auch ukrainische Soldaten in Deutschland ausgebildet. Doch nicht alle wollen kämpfen.
Seit 2022 sind allein in Sachsen-Anhalt mehr als 80 ukrainische Soldaten von ihrem Übungsgelände geflohen, die eigentlich in Deutschland für den Einsatz im Krieg gegen

Russland ausgebildet werden sollten, wie die Zeit berichtet. Deutschlandweit soll es sich um mehrere Hundert Fälle handeln.
Nach ukrainischem Recht gelten die betroffenen Männer als Deserteure. Bei einer Rückkehr in ihr Heimatland drohen ihnen Haftstrafen von bis zu zwölf Jahren.
Quelle: Berliner Zeitung

7. **Immer mehr Israelis verlassen das Land**
   Die Zahl der Menschen, die Israel verlassen, übersteigt mittlerweile die Zahl derjenigen, die zuziehen. Ein Grund: der wachsende Einfluss ultraorthodoxer Parteien. Ökonomisch könnte der Trend zum Auswandern heikel werden.
   In den vergangenen Wochen hat Noah Avgar viele Kisten gepackt. Der 62-Jährige wird Israel mit seiner Familie verlassen. In wenigen Tagen ziehen sie nach Zypern.
   Der Abschied fällt ihm schwer. Avgar sagt, er habe Angst und sei in Panik. Er habe das Gefühl, mit seiner Familie nicht einfach auszuwandern, sondern zu flüchten. Er verlasse Israel nicht, weil er das wolle, sondern weil er die Zukunft seiner Kinder nicht aufs Spiel setzen möchte.
   Quelle: tagesschau

   dazu auch: **Siedlerterrorismus**
   Kusra, ein Städtchen südlich von Nablus mit mehr als 5.000 Einwohnern, wird zum Sinnbild des Siedlerterrorismus auf der Westbank. Mitte August begannen Siedler, neue „Outposts“ – also selbst nach israelischem Recht illegale Siedlungen – bei Kusra zu errichten. Häuser im Ort wurden von der Elektrizitäts- und Wasserversorgung abgeschnitten, Einwohner bedroht und belagert. Reserveeinheiten der Armee, die die Situation klären sollten, zeigten wie üblich mehr Sympathie mit den Angreifern als mit den bedrohten Palästinensern. Die Anwohner sollten zunächst vertrieben weden – offiziell: das Gebiet sollte„zu ihrer Sicherheit“ evakuiert werden. Erst später wurde diese Maßnahme zurückgenommen. Selbst Michael Huckabee, US-Botschafter in Israel und entschiedener Advokat für „Groß-Israel“, sprach von einem „schrecklichen Terrorakt“ der Siedler.
   Quelle: unsere zeit

   und: **Israel soll Siedlungspläne zurücknehmen**
   Im besetzten Westjordanland sollen weitere israelische Siedlungen entstehen – sie würden das Gebiet faktisch weiter aufspalten. Deutschland und sechs weitere Länder fordern Israel nun gemeinsam auf, die rechtswidrigen Pläne aufzugeben.
   Quelle: tagesschau

8. **Müllproblem in der Türkei: Wo Europas Plastikabfall landet**

An türkischen Stränden häuft sich Plastikmüll wie nie zuvor. Ein Grund ist, dass Exporte aus Europa wieder steigen – und vieles nicht recyclebar ist.
Habib Altinkaya versteht sich als Umweltschützer. Er kommt aus Ulupinar, einem kleinen Ort an der Mittelmeerküste, westlich von Antalya. An diesem Strandabschnitt führt der auch international bekannte lykische Wanderweg vorbei, eine teils unberührte malerische Gegend. Einige Buchten sind nur zu Fuß oder mit dem Boot zu erreichen, die Unechten Karettschildkröten legen hier ihre Eier ab. Doch in diesem Jahr bieten die scheinbar unberührten Buchten ein verstörendes Bild.
Quelle: taz

9. **Das Ende der Scham**
   Vorbei soll sie sein, die Zeit der „Nachrichtendienste". Bundesinnenminister Alexander Dobrindt wünscht sich „echte Geheimdienste". Auch die frisch angelernte Kanzleramtschefin Nina Warken (CDU) fordert „mehr Befugnisse und zusätzliche operative Fähigkeiten".
   Was damit gemeint ist, kann dem kürzlich verabschiedeten Kabinettsentwurf zur sogenannten „Geheimdienstreform" für den Bundesnachrichtendienst (BND) und den sogenannten „Verfassungsschutz" entnommen werden. Es geht um den Abbau von Kontrolle, die vollkommene Entgrenzung von Überwachung, um automatischen Datenabgleich und den Einsatz des BND im Inland. Vorgesehen sind aber auch die Vermischung von polizeilichen und geheimdienstlichen Tätigkeiten, die Ausweitung von verdeckten Operationen, die Durchführung von Sabotageaktionen, Hackerangriffe, die Manipulation von Daten und möglichen Beweismitteln sowie das Verbreiten von Desinformation.
   Quelle: unsere zeit
10. **ARD und ZDF: Mir reichts! Ich schreibe Programmbeschwerden!**
    Wer die fast stündlichen Nachrichtensendungen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten schaut, auch „Morgenmagazin", „Kontraste", „Weltspiegel" und wie sie alle heißen, der kommt aus dem Schreiben von Programmbeschwerden gar nicht mehr heraus. Doch es bringt scheinbar nichts, obwohl es mich viel Zeit und Mühe kostet, diese Sendungen zu schauen, zu analysieren und schließlich eine Beschwerde sachlich und fundiert zu schreiben. Warum mache ich das? Mir ist die Berichterstattung in letzter Zeit oft zu einseitig, wichtige Fakten werden nicht genannt.
    Quelle: Berliner Zeitung
11. **„Wir haben keine Angst"**
    Acht Tage vor seinem 42. Geburtstag, am 20. Mai 2025, verhängte die Europäische Union im Rahmen ihrer Sanktionspakete gegen die Russische Föderation auch Sanktionen gegen den Journalisten Hüseyin Doğru, Vater von drei zum Teil noch sehr

kleinen Kindern. Er und seine Frau erfuhren von diesem Angriff erst, als sie bei ihrer Bank nachfragten, warum denn ihre Kontokarten plötzlich nicht mehr funktionierten. Inzwischen ist über ein Jahr vergangen. UZ sprach mit Hüseyin Doğru, der auch zu den UZ-Friedenstagen kommen wird, über seine Situation.
Quelle: unsere zeit

12. **„Direkt aus dem Roman 1984“**
Das neue Polizeigesetz von Schleswig-Holstein soll eines der härtesten Deutschlands werden. Die Gruppe Freiheitsfoo analysiert es in einem 22-seitigen Gutachten. Ihr Ergebnis: Der Entwurf ist eine Bedrohung für die Demokratie.
Die schwarz-grüne Regierung von Schleswig-Holstein will dem Land eines der schärfsten Polizeigesetze Deutschlands verpassen. Es soll zahlreiche KI-gestützte Überwachungsmaßnahmen erlauben. Michael Ebeling von Freiheitsfoo, einer Gruppe engagierter Privatsphäre-Fans, sieht in dem Gesetzentwurf eine „bedrohlich umfangreiche Erweiterung der Befugnisse und Werkzeuge für die Landespolizei“. Er fürchtet vor allem das Missbrauchspotenzial „zur Unterdrückung kritischer und demokratischer Bewegungen“.
Quelle: netzpolitik.org
13. **KI-Paradox am Arbeitsmarkt: Berufseinsteiger verlieren, Erfahrene gewinnen**
Eine aktualisierte Stanford-Studie und internationale Daten belegen: Generative KI führt nicht zu Massenentlassungen, blockiert aber gezielt junge Fachkräfte.
Künstliche Intelligenz verändert den Arbeitsmarkt, führt bislang aber nicht zu der befürchteten flächendeckenden Entlassungswelle. Stattdessen zeichnet sich ein differenzierteres, aber gerade für junge Menschen alarmierendes Bild ab: Generative KI trifft vor allem Berufseinsteiger.
Eine aktualisierte Studie des Stanford Digital Economy Lab unter der Leitung der Ökonomen Erik Brynjolfsson, Bharat Chandar und Ruyu Chen belegt mit Daten bis Juni 2026, dass sich die Kluft zwischen erfahrenen Beschäftigten und Nachwuchskräften in KI-exponierten Berufen weiter vergrößert hat. Etablierte Fachkräfte profitieren demnach von der Technologie. Dem Nachwuchs bleiben dagegen zunehmend Türen versperrt.
Quelle: Heise Online
14. **So weit sind wir schon mit dem «KI»-«Journalismus»**
Der Einsatz von «KI» im «Journalismus» wird immer absurder. Auf die Spitze treibt es das brandneue Nachrichtenportal We-News.
Vom schrecklichen Kutschen-Unfall im Rosegtal oberhalb von Pontresina existieren kaum Bilder. Deshalb veröffentlichten die meisten Medien ein Bild, das die Bündner Kantonspolizei auf ihrem Medienportal zur Verfügung stellt (siehe oben). Für das Nachrichtenportal we-news.com war das nicht genug. Es veröffentlichte seine eigene

Wirklichkeit.
Quelle: Infosperber

15. **Kein Protokoll: Auf welcher Grundlage wurden Corona-Maßnahmen beschlossen?**
An einem Sonntag beschließen Spitzen des RKI zu zweit die Risiko-Hochstufung. Jetzt kommt raus: Es gibt keine Akten über diese gravierende Entscheidung.
Die Corona-Maßnahmen wurden offenbar ohne nachvollziehbare und dokumentierte Grundlage beschlossen. Dies ergibt sich aus Aussagen des damaligen stellvertretenden Leiters des Robert-Koch-Instituts (RKI), Lars Schaade, in einer nichtöffentlichen Sitzung der Corona-Enquetekommission. Eine Mitschrift liegt der Berliner Zeitung vor. Demnach hatte Schaade am 15. März 2020 gemeinsam mit dem damaligen RKI-Präsidenten Lothar Wieler jene Risikohochstufung beschlossen, die schließlich zur Grundlage von Lockdown, Schulschließungen und Absage von nicht lebensbedrohlichen Operationen wurde. Von der weitreichenden Entscheidung wurde kein Protokoll angefertigt.
Quelle: Berliner Zeitung